4. Dezember 2025
#25 / 2025

iwd

ISSN 0344-919X | *Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft* | G 4120

Im Kinderzimmer hängen geblieben

Immobilien. Die Mehrheit der Auszubildenden und Studenten in Deutschland wohnt noch zu Hause. Und viele von ihnen freuen sich darüber, dass sie bei dieser Wohnform Geld sparen und sich aufgrund der familiären Unterstützung voll auf ihren Lernstoff konzentrieren können. Doch wenn die Ausbildungsstelle oder die Unistadt weit entfernt sind, muss eine neue Bleibe her. Da sich eine eigene Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt für viele Azubis und Studenten nur schwerlich realisieren lässt, ist der Ausbau von Wohnheimen die nächstliegende Alternative. Die Nachfrage ist da: Denn obwohl die Gesellschaft in Deutschland altert, bleibt die Zahl der Auszubildenden und Studenten bis 2040 mindestens konstant, sagt IW-Immobilienökonom Philipp Deschermeier. → *Seiten 2–5*

MINT-Arbeitsmarkt
In Deutschland fehlt es an Fachkräften in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Deshalb braucht es Zuwanderung über die Hochschulen.
→ *Seiten 8–9*

Staatshaushalt
Wofür gibt die Bundesrepublik viel Geld aus im internationalen Vergleich? Keine vergleichbare EU-Region wendet so viele Mittel für Soziales auf wie Deutschland.
→ *Seiten 10–11*

Weitere Themen +++ Mitarbeiterbindung +++ Wettbewerbsfähigkeit +++ Verbraucherpreise +++ Außenhandel +++ Europäische Union +++ Top-Liste: Grundsteuer

Die neuen Nesthocker

Immobilien. *Als junger Erwachsener noch zu Hause zu wohnen, ist heute nicht mehr verpönt, sondern Alltag. Zwar würden viele Auszubildende und Studenten gerne in einer eigenen Wohnung leben, doch bezahlbarer Wohnraum ist rar. Wohnheime sind zwar wesentlich günstiger, doch insbesondere für Azubis kaum vorhanden.*

Was für die meisten Babyboomer der schiere Albtraum gewesen wäre, ist heute für viele junge Menschen Standard: noch als junge Erwachsene bei den Eltern zu wohnen. Tatsächlich ist das Nesthockermodell mittlerweile die am weitesten verbreitete Wohnform unter Auszubildenden und Studenten in Deutschland, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag für das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung zeigt (Grafik):

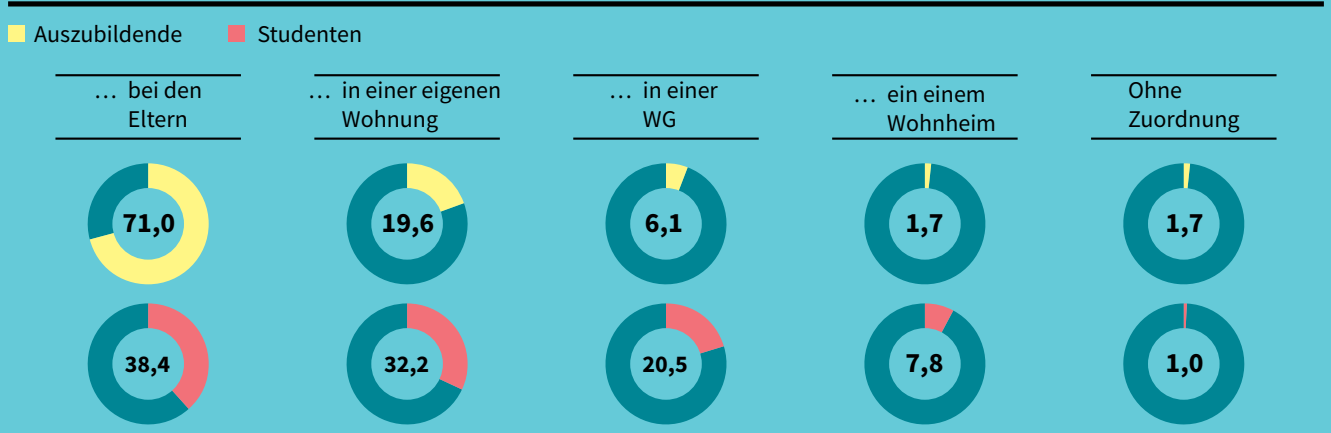
Laut Mikrozensus lebten zuletzt 71 Prozent der Azubis und gut 38 Prozent der Studenten im Elternhaus.

Natürlich hat dies vielfach finanzielle Gründe, denn das Wohnen bei den Eltern ist für junge Menschen, die eine Ausbildung absolvieren oder studieren, die günstigste, häufig sogar kostenlose, Option. Das mittlere Einkommen von Auszubildenden liegt bei rund 800 Euro im Monat. Wenn davon 30 Prozent – also 240 Euro – für die Miete einer eigenen Unterkunft ausgegeben werden, reicht diese Summe nur in den Städten Rostock, Salzgitter, Gelsenkirchen, Magdeburg und Chemnitz sowie in einer Reihe von ländlichen Räumen für eine kleine Wohnung.

Studenten haben zwar mit einem Medianeinkommen von monatlich 930 Euro etwas mehr Geld zur Verfügung, sind anders als Azubis aber häufig darauf angewiesen, in den teuren Ballungszentren zu leben, da sich dort viele Hochschulen befinden.

Die meisten jungen Leute wohnen zu Hause

So viel Prozent der Auszubildenden und Studenten in Deutschland wohnten 2018 …



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Obwohl das Zuhause-wohnen-Bleiben also enorme finanzielle Vorteile für junge Menschen hat, geben jedoch nur 26 Prozent der Azubis und Studenten an, dass der Auszug aus dem Elternhaus aus Kostengründen noch nicht erfolgt sei. Vielmehr vertritt fast die Hälfte von ihnen (45 Prozent) die Auffassung, dass aufgrund ihres guten familiären Verhältnisses bisher kein Auszug nötig ist. Ein weiterer Grund, warum so viele junge Menschen nach dem Schulabschluss noch zu Hause wohnen bleiben, ist, dass diese Wohnform ihnen die bestmögliche Konzentration auf die Ausbildung beziehungsweise das Studium ermöglicht.

Die günstigste Wohnform außerhalb des Elternhauses sind für junge Leute in Ausbildung in der Regel staatliche oder gemeinnützig getragene Wohnheime. Zwar präferieren jeweils etwa zwei Drittel der Auszubildenden und Studenten eine eigene Wohnung, doch diese Variante ist von allen Optionen die teuerste Wohnform. WG-Zimmer sind in den meisten deutschen Städten zwar etwas günstiger als kleine Wohnungen, doch ebenfalls deutlich teurer als ein Platz im Wohnheim. Ein Wohnheimplatz der Studierendenwerke kostete 2023 im Schnitt dagegen nur rund 305 Euro Bruttowarmmiete im Monat, also deutlich weniger als die meisten Studentenwohnungen.

Doch Wohnheimplätze sind ebenfalls rar in Deutschland. Ende 2024 gab es bundesweit 2,9 Millionen Studenten, aber nur gut 240.700 Wohnheimplätze für sie. Bei den Azubis ist das Missverhältnis noch größer: Für die 1,3 Millionen Auszubildenden stehen bundesweit nur 20.000 Wohnheimplätze zur Verfügung.

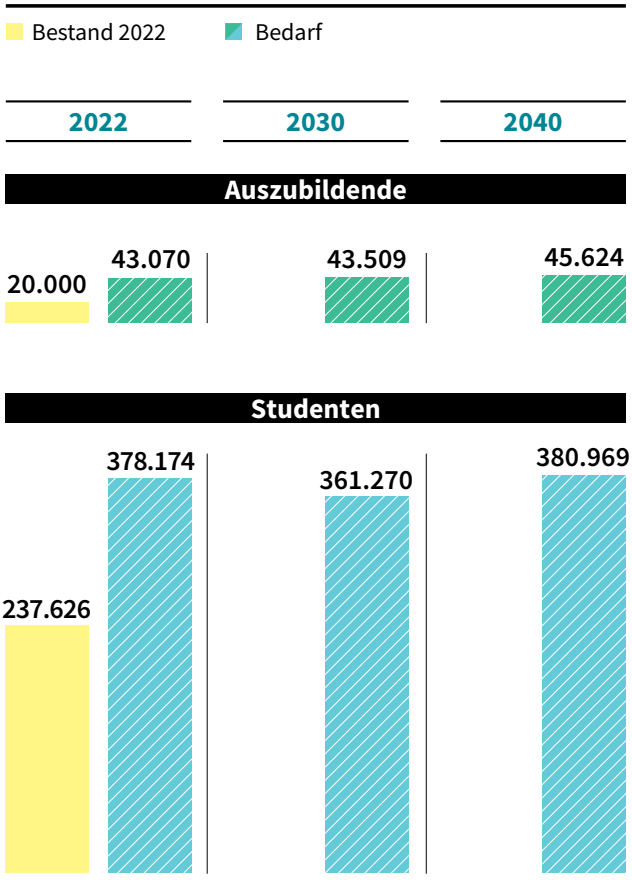
Auch der demografische Wandel wird diesen Mangel auf absehbare Zeit nicht mildern. Zum Jahresende 2022 lebten etwa 8,5 Millionen Menschen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren in Deutschland, bis 2040 erhöht sich die Zahl laut IW-Schätzungen nach einem zunächst leichten Rückgang auf annähernd 9 Millionen. Die Zahl der jungen Haushalte wird im selben Zeitraum von 1,9 Millionen auf 2,2 Millionen steigen.

Der vorherrschende Wunsch von vielen Auszubildenden und Studenten nach einer eigenen Wohnung wird sich aller Voraussicht nach auf den freien Wohnungsmärkten auch künftig nicht für alle realisieren lassen. Die effektivste Stellschraube, um die Wohnsituation zu verbessern, ist der Ausbau von Wohnheimplätzen, da sie – anders als Wohnungen und WGs – exklusiv Azubis und Studenten vorbehalten sind. Wie hoch der Bedarf an neuen Wohnheimplätzen ist, hat das IW berechnet (Grafik):

Bei einer unveränderten Nachfrage fehlen bis 2040 mehr als 143.000 Wohnheimplätze für Studenten und knapp 26.000 Plätze für Auszubildende.

Wohnheimplätze: Der Bedarf wächst

So viele Wohnheimplätze gibt es für Auszubildende und Studenten und so groß ist der Bedarf, wenn 3,3 Prozent der Auszubildenden und 13 Prozent der Studenten in einem Wohnheim leben würden



2030, 2040: Prognose

Die Werte, dass 3,3 Prozent der Auszubildenden und 13 Prozent der Studenten in einem Wohnheim leben, sind Erfahrungswerte auf Basis vorliegender Studien

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

Für den Fall, dass im Jahr 2040 nicht nur wie aktuell 3,3 Prozent – dieser Wert ergibt sich auf Basis mehrerer Studien sowie eigener Berechnungen –, sondern sogar 7 Prozent der Azubis in einem Wohnheim leben wollen, steigt die Versorgungslücke auf 77.000 Plätze. Und wenn von den Studenten künftig nicht nur wie derzeit 13 Prozent, sondern 15 Prozent in einem Wohnheim leben wollen, fehlen im Jahr 2040 annähernd 204.000 Wohnheimplätze für Studenten.

Gutachten

Philipp Deschermeier et al.: Wohnraumversorgung und Wohnraumbedarfe von Studierenden und Auszubildenden

Interview. *Viele Studenten und Auszubildende verzweifeln bei der Wohnungssuche an hohen Mieten und knappen Angeboten. Was Wohnheime, Arbeitgeber oder die Rückkehr der Untermiete daran ändern könnten, erklärt* ***Philipp Deschermeier,*** *Senior Economist für Immobilienökonomik und Demografie im IW.*

Foto: IW

„Ein Wohnheim bleibt oft die einzige realistische Option“

Sie halten den Aus- und Neubau von Wohnheimen für die Lösung der Wohnmisere von Azubis und Studenten. Warum?

Junge Menschen haben im Grunde vier Optionen: Sie können bei ihren Eltern wohnen bleiben oder in eine eigene Wohnung, eine WG oder ein Wohnheim ziehen. Natürlich wünschen sich viele eine eigene Bleibe. Auf dem freien Wohnungsmarkt konkurrieren sie aber mit allen anderen Wohnungssuchenden um Unterkünfte – und diese sind inzwischen vor allem in den Ballungsräumen sehr knapp. In der Regel setzen sich dann die finanziell stärkeren Interessenten durch, da haben junge Studenten und vor allem Azubis mit ihrer Ausbildungsvergütung schlechte Karten. Damit bleibt ein Wohnheim oft die einzige realistische Option, da dort der Platz tatsächlich für junge Menschen reserviert ist.

Wohnheime sind unter jungen Leuten allerdings nicht besonders beliebt …

Viele der jungen Menschen, die noch nie in einem Wohnheim gelebt haben, haben ein verzerrtes Bild im Kopf: dreckige Bäder und Küchen, Chaos und viel Lärm. Doch die Realität sieht anders aus. Die meisten Bewohner lernen besonders die Gemeinschaft im Wohnheim zu schätzen. Studien zeigen sogar, dass die Abbrecherquoten von Menschen, die im Wohnheim leben, deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Ein Grund dafür dürfte sein, dass man im Wohnheim von jungen Leuten umgeben ist, die in der gleichen herausfordernden Lebensphase sind und mit denen man sich austauschen kann, wenn es mal nicht rundläuft.

Doch diese Vorteile sieht man oft erst, wenn man sie erlebt. Vielleicht müssen die Vorzüge von Wohnheimen etwas offensiver kommuniziert und erklärt werden – idealerweise schon in der Schule.

Die Bauherren von Wohnheimen stehen vor denselben Proble-

men wie alle anderen Immobilienentwickler: hohe Baukosten, zahlreiche bürokratische Vorgaben, hohe Zinsen. Auch geeignete Grundstücke in Innenstädten sind selten.

Es kommt sogar noch ein Punkt hinzu: Viele Wohnheimbetreiber fürchten, dass in Zukunft aufgrund der rückläufigen Geburtenraten weniger junge Menschen eine Ausbildung oder ein Studium beginnen und dadurch die Nachfrage nach Plätzen in der Unterkunft zurückgeht. Diese Sorge ist aber unbegründet: Unsere Analyse zeigt klar, dass die Zahl der Auszubildenden und Studenten mindestens konstant bleibt.

Die hohen Baukosten sind aber natürlich gerade für gemeinnützige Betreiber ein enormes Problem. Das hat der Bund erkannt und im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung Geld im Programm „Junges Wohnen“ bereitgestellt, um den Neubau und die Sanierung von Wohnheimen zu fördern. Vor allem für Bestandsbauten sind die Fördermittel hilfreich, da viele Wohnheime stark modernisierungsbedürftig sind.

Sie sprechen sich auch für die Untermiete aus – eine Wohnform, die in den 1960er Jahren populär war. Warum könnte sie heute wieder funktionieren?

Viele junge Menschen müssen für ihre Ausbildung oder ihr Studium den Wohnort wechseln. Gleichzeitig leben viele ältere Menschen in großen Wohnungen oder Häusern mit mehr Wohnfläche als benötigt, weil die eigenen Kinder schon länger ausgezogen sind. Die Untermiete kann beide Seiten entlasten: Die Älteren bekommen Unterstützung im Alltag – damit meine ich keine Pflegetätigkeiten, sondern niedrigschwellige Hilfe wie das Tragen von Wasserkästen oder die Begleitung zum Arzt – und die Jüngeren erhalten dafür günstigen Wohnraum. Das funktioniert natürlich nicht für alle, kann aber ein tragfähiges Konzept sein, das auch zur alternden Gesellschaft passt.

Und auch für jüngere Eltern kann die Untermiete eine Option sein – nach dem Motto: Mein Kind zieht zur Untermiete in einer anderen Stadt bei anderen Eltern ein, dafür lasse ich einen anderen jungen Erwachsenen, der hier studiert oder seine Ausbildung absolviert, bei uns wohnen.

Ist es nicht auch die Aufgabe der Unternehmen, ihren Azubis Wohnraum zu bieten?

Absolut – zumal die Betriebe selbst davon profitieren. Schließlich ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt für Unternehmen zunehmend ein Standortfaktor. Die meisten Ausbildungsplätze gibt es in den Ballungszentren, dort ziehen viele junge Menschen aufgrund des Wohnungsmangels aber nicht hin. Der Wohnungsmangel erschwert also die Azubigewinnung.

Wenn der Arbeitgeber bei der Suche nach einer Unterkunft unterstützt oder sogar eine Betriebswohnung anbieten kann, wissen das junge Leute sehr zu schätzen – für viele sind solche Angebote sogar ausschlaggebend für die Wahl des Ausbildungsbetriebs. Bemerkenswert ist zudem, dass es oft ebenjene Angebote sind, die zu einem längerfristigen Verbleib im Unternehmen beitragen, weil sie die Identifikation mit dem Arbeitgeber steigern.

Wie viele Betriebswohnungen gibt es denn in Deutschland?

Insgesamt stellen die heimischen Unternehmen rund 43.000 Wohnplätze für Beschäftigte zur Verfügung. Angesichts von etwa 1,3 Millionen Auszubildenden ist das natürlich nicht besonders viel, zumal die Wohnungen nicht exklusiv für Azubis vorgesehen sind. Deshalb wohnen viele Auszubildende am Ende des Tages eben immer noch bei den Eltern.

Das scheint aber kein generelles Problem zu sein – fast die Hälfte der jungen Menschen, die noch bei den Eltern wohnt, gibt an, das aufgrund ihres guten familiären Verhältnisses freiwillig zu tun.

Das ist auch nichts, wofür man sich in irgendeiner Form schämen müsste. Früher war das vielen jungen Menschen vielleicht peinlich, mittlerweile hat sich das Verhältnis zwischen den Generationen aber stark verändert und das Zusammenleben ist oft harmonischer. Das liegt auch daran, dass die kulturelle Distanz viel kleiner geworden ist – heute ist es im Gegensatz zu ein, zwei Generationen zuvor zum Beispiel total normal, dass man als junger Erwachsener mit seinen Eltern ins Kino geht, gemeinsam Konzerte besucht oder zusammen in den Urlaub fährt. Hinzu kommt, dass der Druck im Studium durch verschulte Studiengänge, viele Prüfungen und weniger Freiräume gestiegen ist. Auch Auszubildende erleben eine wahnsinnig fordernde Zeit. Da ist es für viele junge Leute eine große Entlastung, die Eltern in unmittelbarer Nähe zu haben.

Ist das Zuhause-wohnen-Bleiben also die einfachste Lösung für junge Leute?

Es ist völlig legitim und angesichts des angespannten Wohnungsmarktes nachvollziehbar, als Student oder Azubi zu Hause zu wohnen. Und eine große Gruppe von ihnen ist tatsächlich sehr zufrieden damit. Allerdings kann ein Auszug eben auch unumgänglich sein – zum Beispiel, wenn der Ausbildungsbetrieb oder die Hochschule in einer ganz anderen Ecke von Deutschland ist. Deswegen brauchen wir bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen – und dafür sind Wohnheime ein zentraler Baustein.

Motiviert durch Verantwortung

Mitarbeiterbindung. *Wer im Job mitreden, gestalten und Verantwortung übernehmen darf, ist zufriedener mit seinem Arbeitgeber – das ist der Grundgedanke von Job Enrichment. Unternehmen sollten passende Strukturen schaffen und Beschäftigte gezielt fördern, um das volle Potenzial ihrer Mitarbeiter zu nutzen.*

Der Befund ist bekannt: Da in den kommenden Jahren hierzulande deutlich mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden als eintreten, wird es für Unternehmen in Zukunft immer schwieriger, qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Umso wichtiger wird es, Fachkräfte im Betrieb zu halten. Welche Potenziale es gibt, die Mitarbeiterbindung zu stärken, zeigt die IW-Beschäftigtenbefragung (Grafik):

Rund ein Drittel der Beschäftigten ohne Führungsverantwortung könnte durch anspruchs- und verantwortungsvollere Aufgaben sowie mehr Gestaltungsspielräume stärker motiviert werden – dieser Ansatz heißt Job Enrichment.

Als geeignet zählen diejenigen Arbeitnehmer, die die drei Punkte Entscheidungsspielräume im Arbeitsalltag, Karriereperspektiven im Job sowie die Möglichkeit, Wissen und Können einzubringen, allesamt für ihre Arbeit als wichtig erachten.

Besonders groß ist den Befragungsergebnissen zufolge das Potenzial in der Industrie und im Baugewerbe, wo 42 Prozent der Beschäftigten von Job Enrichment profitieren könnten, sowie unter den 25- bis 49-Jährigen, von denen mit 45 Prozent fast die Hälfte in dieser Altersgruppe dafür infrage kommt. Bei jüngeren und älteren Beschäftigten sind es mit jeweils 36 Prozent etwas weniger.

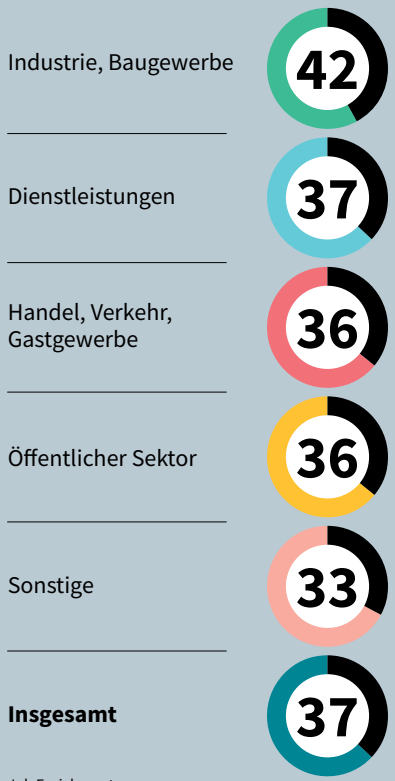
Dürfen Mitarbeiter mehr Verantwortung übernehmen und eigene Impulse setzen, steigt auch ihre Arbeitszufriedenheit. Von den Beschäftigten, die angeben, dass sie in den zurückliegenden beiden Jahren mehr Möglichkeiten hatten, eigene Ideen einzubringen und kreativ zu arbeiten, sind 94 Prozent zufrieden mit ihrem Job – 18 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt aller Beschäftigten. Auch größere Entscheidungsspielräume und anspruchsvollere Aufgaben steigern die Zufriedenheit deutlich.

Von Job Enrichment profitieren also beide Seiten: Arbeitnehmer gewinnen an Selbstwirksamkeit und Zufriedenheit, Arbeitgeber an motivierten und loyalen Fachkräften. Betriebe sollten durch Befragungen, Entwicklungsgespräche oder strukturierte Feedbackverfahren geeignete Mitarbeiter für Job Enrichment identifizieren und ihnen abseits klassischer Führungslaufbahnen auch fachliche oder projektbezogene Entwicklungspfade eröffnen. Entscheidend ist dabei, Spielräume zur kreativen Entfaltung gezielt auszubauen – etwa durch eigenverantwortliche Projekte oder die Arbeit in interdisziplinären Teams.

KOFA Kompakt 9/2025
Sabine Köhne-Finster, Regina Flake: Job Enrichment – Wie Unternehmen Potenziale erkennen und Beschäftigte motivieren

Großes Potenzial für Job Enrichment

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesen Branchen in Deutschland bewerten die Aspekte „Entscheidungsspielräume im Arbeitsalltag“, „Möglichkeit, Wissen und Können einzubringen“ sowie „wahrgenommene Karriereperspektiven“ alle als wichtig für ihre Arbeit



Job Enrichment:
Beschäftigte übernehmen verantwortungs- und anspruchsvollere Aufgaben

Befragung von 2.825 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im April 2024 im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung, ohne Führungskräfte und Personen, die sich zum Zeitpunkt der Befragung in formaler Weiterbildung befanden

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd
iwd

Bürokratie frisst Arbeitszeit

Wettbewerbsfähigkeit. *Trotz mehrerer Entlastungsgesetze sieht sich jeder dritte Beschäftigte in Deutschland stärker mit Berichts- und Dokumentationspflichten beschäftigt als noch vor zwei Jahren. Der Staat muss den Bürokratieabbau endlich konsequent angehen.*

Die deutsche Wirtschaft ächzt zunehmend unter der ausufernden Bürokratie. Mittlerweile sieht die Mehrheit der Unternehmen den Abbau von Regulierung und Berichtspflichten als eine der dringendsten Aufgaben der Bundesregierung an (siehe iwd 7/2025).

Zwar verabschiedeten die jeweiligen Koalitionen zwischen 2015 und 2024 insgesamt vier Bürokratieentlastungsgesetze, diese hatten aus Sicht der Unternehmen jedoch kaum eine Wirkung – unter anderem, weil gleichzeitig die Zahl der Bundesgesetze und EU-Verordnungen stark zunahm. Auch die Arbeitnehmer fühlen sich durch den Bürokratieaufwand stärker be- als entlastet, wie die aktuelle IW-Beschäftigtenbefragung zeigt (Grafik):

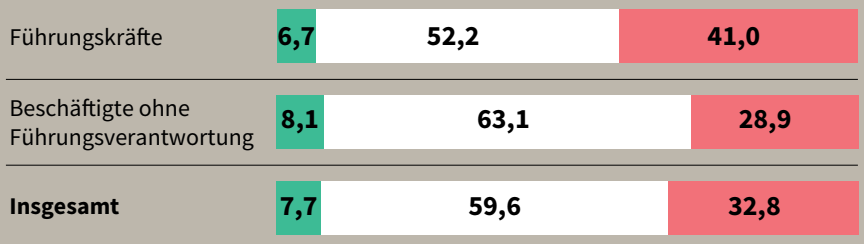
Rund ein Drittel der Beschäftigten in Deutschland hat das Gefühl, ihr Arbeitsaufwand zur Erfüllung von Berichts- und Dokumentationspflichten habe in den vergangenen zwei Jahren zugenommen. Dagegen empfinden weniger als 8 Prozent, dass diese Pflichten weniger geworden seien.

Vor allem Führungskräfte – die besonders die Verantwortung tragen, auf die Einhaltung von Regelungen beispielsweise im Arbeits- oder Datenschutz zu achten – fühlen sich stärker durch die bürokratischen Pflichten in Beschlag genommen. So nehmen 41 Prozent von ihnen dafür einen höheren Zeitaufwand wahr als noch vor zwei Jahren. Im Durchschnitt gaben sie an, rund 30 Prozent ihrer Arbeitszeit dafür aufzuwenden; für Beschäftigte ohne Führungsverantwortung lag der Wert bei gut 23 Prozent.

Die Bundesregierung scheint den Handlungsbedarf zwar erkannt zu haben, in der Praxis ist davon bislang allerdings wenig zu spüren. So sollten der angekündigte „Herbst der Reformen“ umfassende Maßnahmen zum Bürokratieabbau beinhalten und die Bürokratiekosten für die Wirtschaft laut Koalitionsvertrag um 25 Prozent sinken. Bislang fehlen dafür aber bis auf den Bau-Turbo – ein Gesetzentwurf, der den Wohnungsbau durch einfachere und schnellere Genehmigungsverfahren beschleunigen soll – konkrete Schritte. Um das ambitionierte Ziel zu erreichen, sollte die Regierung neben den Berichts- und Dokumentationspflichten auch konsequent Genehmigungsprozesse verschlanken sowie bestehende Regulierungen prüfen und gegebenenfalls lockern.

Viel Arbeit mit Bürokratie

So viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland haben das Gefühl, ihr Arbeitsaufwand zur Erfüllung von Berichts- und Dokumentationspflichten sei von 2023 bis 2025 …



Befragung von 4.977 Beschäftigten, darunter 1.712 Führungskräfte, im Mai und Juni 2025 im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 94/2025
Andrea Hammermann, Klaus-Heiner Röhl: Ein Tag pro Woche für Bürokratie

Eintrittstor Hochschule

MINT-Arbeitsmarkt. *In Deutschland fehlen weiterhin Fachkräfte in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Eine gute Möglichkeit, diese Lücke zu verkleinern, bietet die Zuwanderung über die Hochschule. Denn wer aus Drittstaaten nach Deutschland kommt, um ein MINT-Fach zu studieren, bleibt häufig dauerhaft zum Leben und Arbeiten hier.*

Die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands wirkt sich zunehmend auf den hiesigen Arbeitsmarkt aus. Die Unternehmen mussten schon Zehntausende Stellen streichen. Dennoch fehlen in vielen Branchen und Berufsbildern Fachkräfte. So auch in den sogenannten MINT-Berufen, also Jobs mit einem Schwerpunkt in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

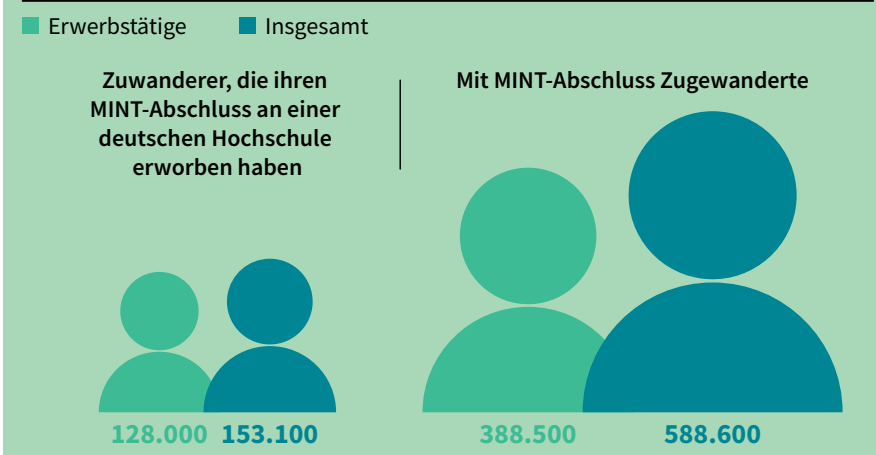
Im Oktober 2025 waren bundesweit insgesamt mehr als 367.600 MINT-Stellen vakant.

Gleichzeitig waren bundesweit 253.885 Personen arbeitslos gemeldet, die gerne einem MINT-Beruf nachgehen würden. Berücksichtigt man die qualifikatorischen Mismatches – nicht jeder Arbeitslose passt auf jede offene Stelle – fehlen in Deutschland derzeit 148.500 MINT-Arbeitskräfte.

Um die MINT-Lücke zu verkleinern, ist Deutschland auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen, die sich in der Bundesrepublik niederlassen wollen. Wie eine neue Auswertung des IW zeigt, ist dabei der Weg über ein Studium in der Bundesrepublik besonders erfolgversprechend, denn viele ausländische Studierende bleiben anschließend dauerhaft (Grafik):

Zum Studieren gekommen, zum Arbeiten geblieben

in Deutschland im Jahr 2022



Inklusive Personen im Rentenalter
MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

In Deutschland lebten im Jahr 2022 gut 153.000 MINT-Akademiker, die einst zum Studieren hergekommen sind.

Die für den Arbeitsmarkt entscheidende Zahl: 128.000 von ihnen gehen einer Erwerbstätigkeit nach und erwirtschaften pro Jahr einen Beitrag zur Wertschöpfung von 14,6 Milliarden Euro. Im Alter von 25 bis 64 Jahren sind 121.000 von 134.700 beschäftigt, dies entspricht einer Erwerbstätigenquote von rund 90 Prozent.

Die Quote ist damit besser als bei den Menschen, die mit einem MINT-Abschluss eingewandert sind, von denen 77 Prozent der 25- bis 64-Jährigen erwerbstätig sind. Ein Grund für den Unterschied könnte darin liegen, dass gerade kleinere Unternehmen den Abschluss einer deutschen Hochschule besser einschätzen können. Auch sind die

Deutschkenntnisse von Absolventen, die in der Bundesrepblik studiert haben, im Schnitt besser.

Von den ehemaligen MINT-Studenten, die inzwischen hier leben, stammen nur 22 Prozent aus den europäischen Mitgliedsstaaten oder Ländern mit vergleichbarem Status. 78 Prozent kommen aus teils bevölkerungsstarken Drittstaaten. In anderen Studienfächern und bei den Zuwanderern mit MINT-Abschluss ist ihr Anteil deutlich niedriger. Somit bieten sich die MINT-Fächer an, um die weitere Zuwanderung aus einwohnerstarken Ländern außerhalb der EU zu fördern.

Diese Maßnahmen sind sinnvoll, um den Erfolg der Zuwanderung über die Hochschule zu verstetigen oder sogar auszubauen:

Informieren. Umfassende und verlässliche Informationen über Ausbildung und Arbeitsleben in Deutschland sind unerlässlich, damit Interessierte sich für Deutschland entscheiden. Das Portal „Make it in Germany“ der Bundesregierung bündelt diese Informationen.

Sprachkurse. Viele Masterstudiengänge, die internationale Studenten belegen, sind englischsprachig. Allerdings sind für eine gute Integration und das spätere Arbeitsleben Deutschkenntnisse sehr wichtig. Entsprechende Angebote hierzulande zu bewerben und auszubauen, sind daher hilfreiche Schritte.

Berufseinstieg. Den Übergang vom Studium in den Arbeitsmarkt kann der Career Service einer Universität erleichtern. Zwar kennt gut die Hälfte der internationalen Studenten entsprechende Angebote, aber nur jeder siebte nutzt sie auch. An der niedrigen Quote gilt es zu arbeiten.

Neben dem Anwerben im Ausland lohnt sich auch ein Blick auf die Potenziale im Inland, um die MINT-Fachkräftelücke vom Facharbeiter bis hin zum Akademiker zu verringern. Vor allem Frauen sind in den entsprechenden Berufsfeldern immer noch unterrepräsentiert. Immerhin gab es in den vergangenen Jahren einen Aufwärtstrend (Grafik):

Ende 2012 lag die Frauenquote in MINT-Berufen unter 14 Prozent. Aktuell sind es 16,5 Prozent.

In absoluten Zahlen ist dies ein Anstieg von 875.100 im Jahr 2012 auf 1.178.800 Frauen im MINT-Bereich.

Ungeachtet dessen bleibt die Aufgabe dieselbe: junge Frauen für eine Ausbildung oder ein Studium in einem MINT-Beruf zu gewinnen.

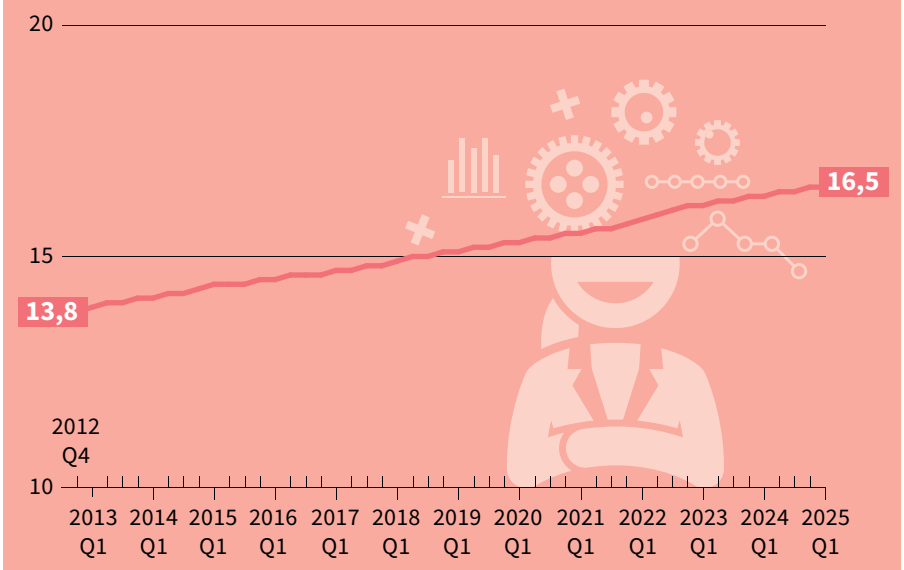
Daher gilt es zunächst, Geschlechterklischees im MINT-Unterricht in der Schule sowie im Hinblick auf die Berufs- und Studienwahl abzubauen. Gleichzeitig sollten den Schülerinnen die Vorteile einer Karriere in dieser Sparte verdeutlicht werden. So sind MINT-Berufe besonders innovativ, befassen sich häufig mit Zukunfts- und Gesellschaftsthemen wie dem Klimaschutz und bieten darüber hinaus vergleichsweise hohe Gehälter.

Wichtig ist zudem ein intensiver Austausch mit Menschen, die einen MINT-Beruf ausüben und aus der Praxis berichten können, etwa im Rahmen von Veranstaltungen oder Unterrichtsbesuchen. So können beispielsweise weibliche Role Models den Schülerinnen wichtige Tipps geben und sie für eine MINT-Karriere begeistern.

Des Weiteren ist die Rolle der Eltern bei der Berufswahl der Kinder nicht zu unterschätzen. Hier gilt es ebenso, daran zu arbeiten, Klischees abzubauen und dafür zu sorgen, dass die Eltern vorurteilsfrei an der Seite ihrer Töchter bei der Wahl des Berufswegs stehen.

Frauenanteil in MINT-Berufen steigt

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in MINT-Berufen in Deutschland sind Frauen



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Gutachten
Christina Anger, Julia Betz, Wido Geis-Thöne, Axel Plünnecke: MINT-Herbstreport 2025

Andere Länder, andere Prioritäten

Staatshaushalt. *Viele Themenfelder, begrenzte finanzielle Mittel – daher muss die Bundesregierung mit ihrem Haushalt Schwerpunkte für die öffentlichen Ausgaben setzen. Für welche Bereiche Deutschland anteilig wie viel in den vergangenen Jahren ausgegeben hat und wie die Staatsquote im Vergleich zu benachbarten Ländern einzuordnen ist, hat das IW beleuchtet.*

In Zahlen gegossene Politik – so wird der Staatshaushalt häufig bezeichnet. Und das zu Recht, schließlich bildet er die Priorisierung der Regierung ab. Welchen Stellenwert hat der Sozialstaat? Wie wichtig sind das Bildungswesen oder die Landesverteidigung? Und wie viel wird investiert? All das lässt sich aus dem Zahlenwerk ableiten.

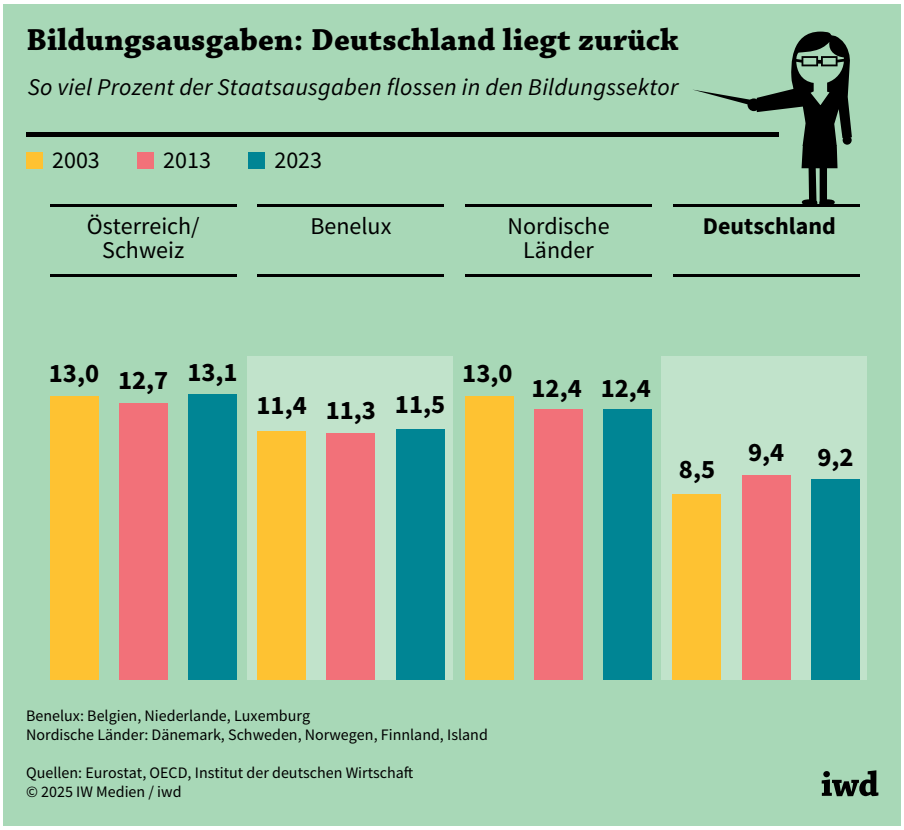
Um die deutschen Ausgaben besser einordnen zu können, hat das IW die Staatsausgaben der Bundesrepublik mit denen mehrerer Vergleichsregionen ins Verhältnis gesetzt, die hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und kulturellen Prägung Deutschland relativ ähnlich sind. Zunächst einmal allgemein:

Die Staatsquote – also die Ausgaben des Staates gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – betrug im Jahr 2023 hierzulande 48,4 Prozent.

Damit lag die Bundesrepublik unter dem EU-Durchschnitt und auch unter dem Wert der Gruppe der nordischen Länder mit Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen und Island, die knapp 50 Prozent erreichten. Deutlich niedriger als hierzulande ist die Quote dagegen in der Region Österreich/Schweiz, wo die Staatsausgaben zuletzt gerade mal 43,1 Prozent des BIPs ausmachten.

Um spezifischere Aussagen treffen zu können, haben die Forscher zehn Oberkategorien genauer untersucht. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

Soziale Sicherung. Dieser Posten vereint die größten Ausgaben der Staaten. Darunter fallen unter anderem Beiträge zur Alterssicherung, Zahlungen im Krankheitsfall und bei Erwerbsunfähigkeit sowie das Arbeitslosengeld.



Deutschland lag hier 2023 mit einem Anteil von 41 Prozent an allen Ausgaben an der Spitze und verzeichnete 3 Prozentpunkte höhere Ausgaben als die EU im Durchschnitt. In den nordischen Ländern sowie im Raum Österreich/Schweiz gaben die Staaten im Mittel 40 Prozent für die soziale Sicherung aus. Die Benelux-Staaten kamen auf 38 Prozent.

Gesundheitswesen. In der finanziell zweitwichtigsten Kategorie lag Deutschland auf einem ähnlich hohen Niveau wie die Benelux-Staaten und die nordischen Länder. In allen flossen zwischen 15 und 16 Prozent der Staatsausgaben in das heimische Gesundheitswesen. Österreich und die Schweiz liegen dagegen nur bei einer Ausgabenquote von 12 Prozent.

Öffentliche Verwaltung. Von gut 7 Prozent im Jahr 2001 auf knapp 11 Prozent 2023 – die Bundesrepublik ist bei den Ausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung an allen anderen vorbeigezogen. Und der Trend zeigt weiter nach oben.

Bildung. Anders sieht es im Bildungssektor aus, wo Deutschland schon seit Jahrzehnten beständig hinter den Vergleichsregionen zurückliegt (Grafik Seite 10):

Im Jahr 2023 verwendete Deutschland 9,2 Prozent seiner Staatsausgaben für den Bildungsbereich. Die Region Österreich/Schweiz kommt auf 13,1 Prozent.

Auch der EU-Schnitt liegt – wenn auch nur knapp – oberhalb der deutschen Quote. Zwar gab die Bundesrepublik entgegen dem internationalen Trend im Lauf der vergangenen 20 Jahre mehr Geld für den Grundschulbereich aus. In den weiterführenden Schulen kam aber noch weniger an als zuvor.

Investitionen. Ökonomen kritisieren schon seit Langem, dass Deutschland zu wenig in seine eigene Zukunft investiert. Die Zahlen der IW-Studie untermauern diesen Standpunkt (Grafik):

Im gesamten Betrachtungszeitraum liegen die deutschen Investitionen hinter denen der anderen Länderregionen.

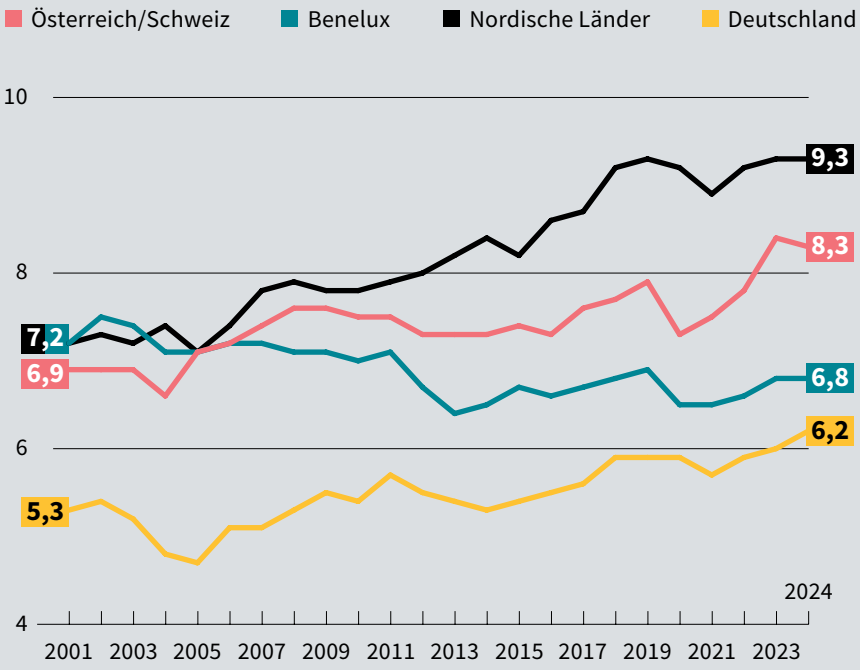
Auch an den EU-Schnitt reicht Deutschland bei Weitem nicht heran. Um ihn zu erreichen, müsste die Bundesrepublik ihre öffentlichen Investitionen anteilig an den Gesamtausgaben um ein Fünftel erhöhen. Das verdeutlicht, wie sehr die Investitionen hierzulande über einen langen Zeitraum vernachlässigt beziehungsweise als Posten für Einsparungen genutzt wurden.

Die Auswertung zeigt, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten mehr für die soziale Sicherung und die öffentliche Verwaltung ausgibt sowie im Gesundheitssektor zu den Spitzenreitern zählt. In diesen Bereichen muss die Politik unbedingt einen weiteren Anstieg verhindern und bestenfalls die Anteile an allen Ausgaben verringern.

Im Bildungssektor und bei den Investitionen liegt die Bundesrepublik dagegen deutlich hinter den Vergleichsregionen in Europa zurück. Um wieder wirtschaftliches Wachstum zu generieren, ist es unerlässlich, dass Deutschland wieder mehr in den öffentlichen Kapitalstock investiert. Und es braucht gut ausgebildete Arbeitskräfte mit frischen Ideen, damit Deutschland ein innovativer Standort bleibt.

Deutschland investiert wenig

So viel Prozent der Staatsausgaben waren Investitionen



Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg
Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island

Quellen: EU-Kommission, Eurostat, OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

IW-Report 61/2025
Björn Kauder: Öffentliche Ausgaben im internationalen Vergleich

Auf dem Land ist's günstiger

Verbraucherpreise. *Die regionalen Preisunterschiede zwischen Stadt und Land bleiben auch im Jahr 2024 bestehen. Die IW-Analyse zeigt zudem: Kurzfristige Faktoren wie eine hohe Inflation haben deutlich weniger Einfluss auf die Differenzen als strukturelle Gegebenheiten.*

400 Kreise und kreisfreie Städte gibt es in Deutschland. Wie teuer das Leben dort jeweils ist, ermittelt das Institut der deutschen Wirtschaft seit 2022 gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumplanung. Im Jahr 2024 sind die Abstände zwischen Großstädten, Landkreisen und dünn besiedelten Gebieten konstant geblieben – trotz hoher Inflation hat sich damit in den vergangenen Jahren wenig an den Preisunterschieden geändert.

Besonders teuer ist es in den sieben größten Städten des Landes (Grafik):

Der Verbraucherpreisindex in den Metropolen lag im Jahr 2024 rund 11 Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt.

Spitzenreiter bleibt München, in der bayerischen Landeshauptstadt lag das Preisniveau zuletzt happige 24 Prozent über dem Mittel.

Deutlich günstiger lebt es sich in ländlichen Kreisen. Vor allem in dünn besiedelten Gebieten liegen die Preise weit unter dem Durchschnitt. Der Vogtlandkreis in Sachsen ist die günstigste Region in Deutschland, hier zahlen Verbraucher 10 Prozent weniger als im Bundesmittel.

Der große Unterschiedstreiber im Warenkorb, aus dem der Verbraucherpreisindex gebildet wird, ist der Bereich Wohnen. Bereits beim Heizen, Strom und Wasser sind die Differenzen zwischen den einzelnen Kategorien gravierend. Die Miete ist aber ein noch größerer Faktor:

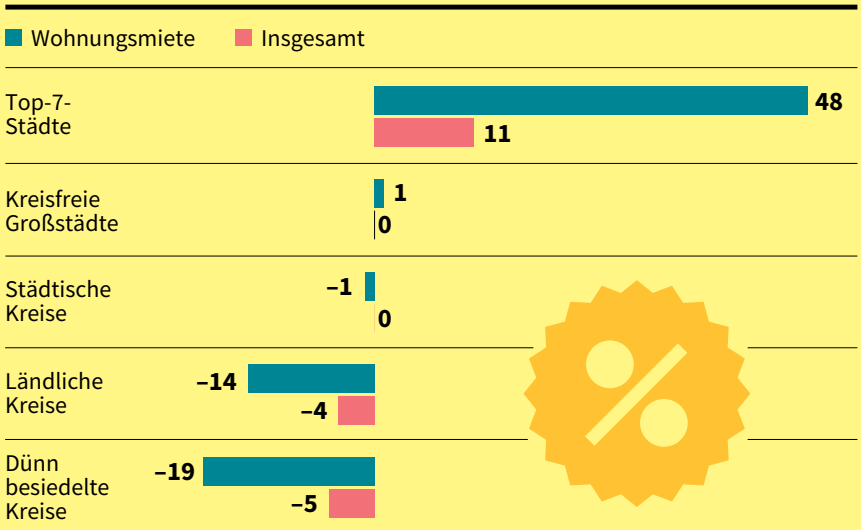
In den sieben größten Städten Deutschlands liegen die Wohnungsmieten 48 Prozent über dem Bundesschnitt. In dünn besiedelten ländlichen Regionen beträgt der Preisvorteil fürs Wohnen dagegen 19 Prozent.

Das allgemeine Stadt-Land-Gefälle bei den Verbraucherpreisen hat strukturelle Ursachen: In den Großstädten sorgen eine hohe Nachfrage und überdurchschnittliche Einkommen weiterhin für ein erhöhtes Preisniveau. Dagegen dämpfen eine geringere Nachfrage, Abwanderungstendenzen und niedrigere Einkommen die Preise in den ländlichen Räumen.

Starke äußere Einflüsse wie die in den vergangenen Jahren wegen der Energiekrise hohe Inflation wirken sich dagegen bislang kaum auf die Preisunterschiede aus. Die Inflation hatte zwar direkte Auswirkungen auf die Preise vor Ort, wirkte aber flächendeckend im Bundesgebiet nahezu gleichermaßen.

Regionale Preisunterschiede in Deutschland groß

Um so viel Prozent wichen die Verbraucherpreise im Jahr 2024 vom bundesweiten Durchschnitt ab



Top-7-Städte: Berlin, München, Hamburg, Köln, Frankfurt, Stuttgart, Düsseldorf
Miete: Teil des Warenkorbs, anhand dessen die Verbraucherpreise berechnet werden
Wohnungsmiete: inklusive Mietwert von Eigentumswohnungen

Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumplanung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 93/2025
Ralph Henger, Rupert Kafka, Christoph Schröder, Jan Wendt: Regionale Preisunterschiede bleiben in Zeiten hoher Inflation konstant

Bier für die Welt

Außenhandel. *Deutschlands Brautradition ist weltberühmt. Doch beim Export des Gerstensafts laufen andere Länder der Bundesrepublik den Rang ab, vor allem die mexikanische Produktion enteilt immer weiter.*

Deutschland, Land des Bieres? Zumindest was den Export betrifft, liegen drei andere Länder vor der Bundesrepublik (Grafik):

Mit Ausfuhren im Wert von knapp 6,5 Milliarden Dollar im Jahr 2024 liegt Mexiko im Ranking der größten Bier-Exportländer mit großem Abstand vorn, gefolgt von den Niederlanden und Belgien.

Insgesamt entfiel rund ein Drittel der weltweiten Einnahmen aus dem Bierexport auf die mexikanische Produktion. Die dortigen Bierbrauer profitieren vor allem von der räumlichen Nähe zum wichtigsten Exportmarkt – den USA. Die Vereinigten Staaten importierten im vergangenen Jahr Bier im Wert von rund 7,7 Milliarden Dollar, davon kamen etwa 80 Prozent aus Mexiko.

Lange waren die Niederlande der größte Bierexporteur, 2010 verdrängte Mexiko das deutsche Nachbarland aber von der Spitze. Seitdem haben die Nordamerikaner ihren Vorsprung deutlich ausgebaut: Von 2010 bis 2024 legten die Ausfuhren von Corona, Modelo und Co. um fast 250 Prozent zu, während die Nachfrage nach niederländischen Marken im Ausland im selben Zeitraum annähernd konstant blieb. Der Bierexport aus Deutschland steigerte sich seit 2010 um gut 8 Prozent.

Immer mehr Bier kommt zudem aus China: Die Volksrepublik hat ihre Ausfuhren in diesem Zeitraum mehr als verdreifacht und sich damit unter den größten Exportnationen etabliert.

Nicht in diesen Zahlen enthalten ist allerdings die alkoholfreie Variante:

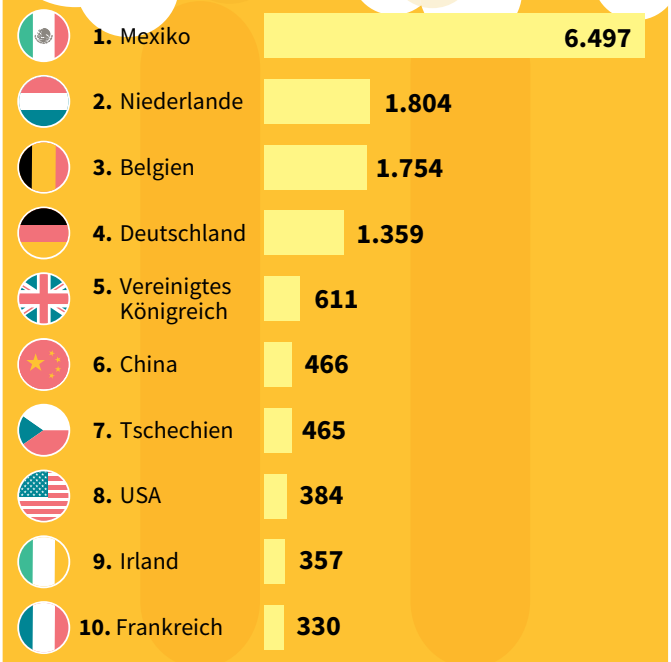
Laut Statistischem Bundesamt produzierten die Brauereien 2024 hierzulande 579 Millionen Liter alkoholfreies Bier – damit hat sich die Produktionsmenge in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt.

Mit Ausfuhren im Wert von rund 101 Millionen Dollar lag die Bundesrepublik in diesem Segment im vergangenen Jahr international auf Platz zwei, nur die Niederlande nahmen mit gut 198 Millionen Dollar mehr Geld durch Lieferungen der alkoholfreien Alternative in andere Länder ein.

Auch in einer weiteren Bierstatistik schafft es Deutschland aufs Treppchen: Dank vieler kleiner, oft lokal verwurzelter Anbieter mit individuellen Sorten hat die Bundesrepublik europaweit die drittmeisten Braustellen. Laut dem europäischen Brauerei-Dachverband brauten 2023 hierzulande 1.492 Betriebe den berühmten Gerstensaft – mehr gab es nur in Frankreich (2.500) und dem Vereinigten Königreich (1.760).

Die größten Bier-Exportländer

Bierexporte in Millionen Dollar im Jahr 2024



Quelle: UN Comtrade
© 2025 IW Medien / iwd
iwd

Ein Geben und Nehmen

Europäische Union. *Deutschland hat von allen Mitgliedsstaaten im Jahr 2024 per saldo am meisten in den EU-Haushalt eingezahlt, sowohl in absoluten Beträgen als auch gemessen an der Wirtschaftsleistung. Zu den größten Nettoempfängern von Mitteln aus den EU-Fördertöpfen gehören die baltischen Staaten und Griechenland.*

Die Europäische Union ist eine Staatengemeinschaft, von der alle profitieren – so hat der Binnenmarkt die Wirtschaftskraft und den Wohlstand in den Mitgliedsländern in den vergangenen Jahrzehnten wachsen lassen.

Zugleich verteilt die EU im Rahmen ihrer zahlreichen Projekte große Summen um. Deshalb führt die Frage, wer wie viel in den EU-Haushalt einzahlt und wem in welchem Umfang Finanzmittel zufließen, immer wieder zu Diskussionen. Das IW hat die aktuellen Zahlen ermittelt:

Absolut betrachtet, hat Deutschland zuletzt unterm Strich am meisten an die EU abgeführt:

Mit gut 13,1 Milliarden Euro war der deutsche Nettobeitrag zum EU-Haushalt im Jahr 2024 mit Abstand am größten – Frankreich kam als Zweitplatzierter auf eine Nettozahlung von knapp 4,8 Milliarden Euro.

Griechenland war in dieser Rechnung per saldo der größte Profiteur, fast 3,5 Milliarden Euro flossen den Hellenen netto zu. Polen und Rumänien folgten mit knapp 2,9 beziehungsweise 2,7 Milliarden Euro.

Nun sind die EU-Mitgliedsstaaten unterschiedlich groß, sodass es naheliegt, die Zahlungen an und aus dem EU-Haushalt in Relation zur jeweiligen Wirtschaftsleistung zu setzen (Grafik):

Auch gemessen am Bruttonationaleinkommen (BNE) war Deutschland mit einer Nettozahlung von 0,29 Prozent 2024 der wichtigste EU-Financier.

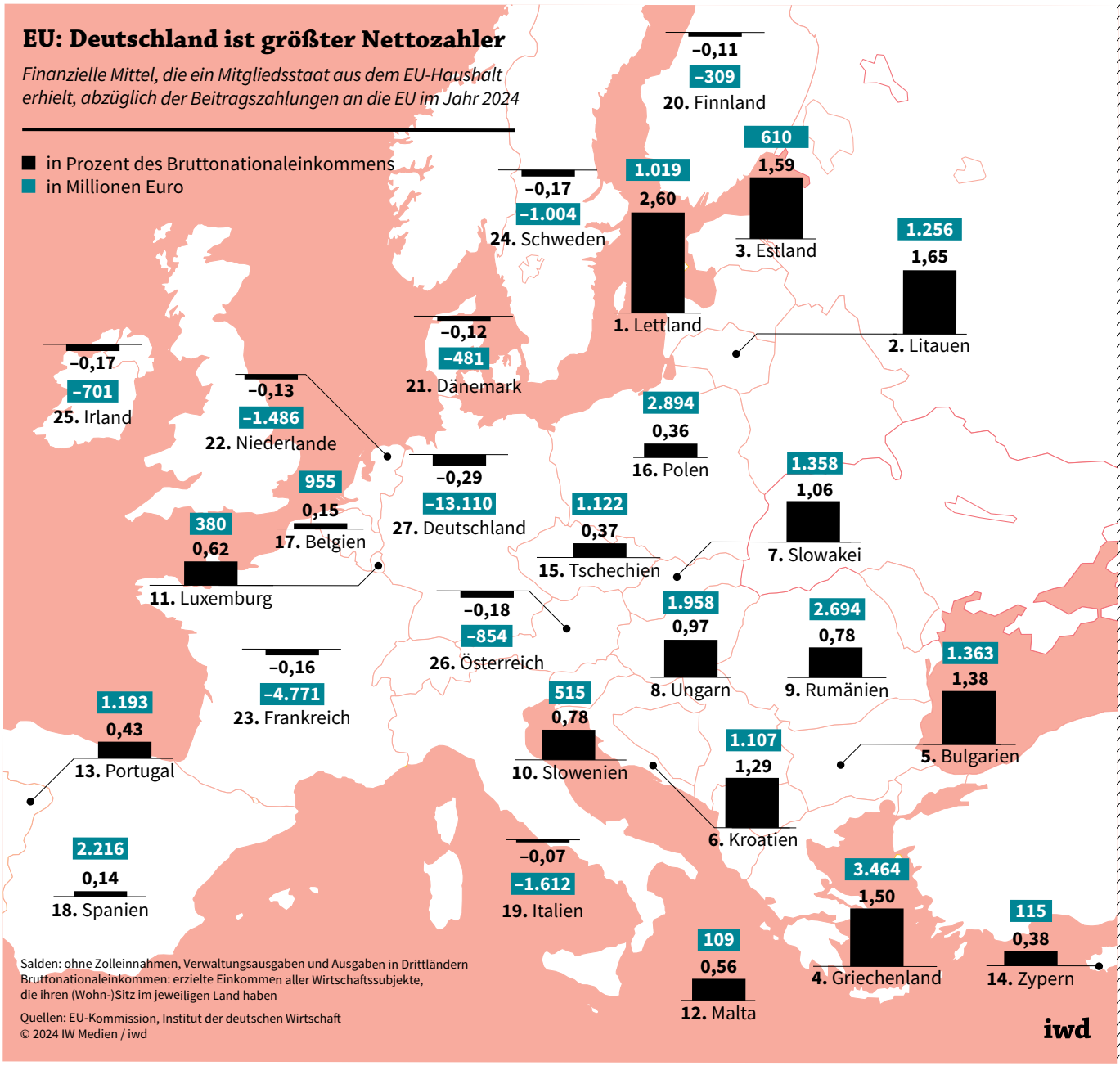
Dahinter verschieben sich die Ränge in dieser Betrachtung allerdings deutlich: Zweitgrößter Nettogeber war demnach im vergangenen Jahr mit 0,18 Prozent des BNE Österreich. Auf der Empfängerseite belegen nun die baltischen Staaten die drei vorderen Positionen, wobei Lettland mit 2,60 Prozent des BNE per saldo zuletzt das meiste Geld aus Brüssel erhielt.

Die EU-Haushaltsmittel sind zum großen Teil für die Bereiche „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ – dahinter steckt im Wesentlichen die Agrarpolitik – und „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“ vorgesehen. Bei Letzterem geht es um die sogenannte Kohäsionspolitik, mit der die EU wirtschaftlich schwächere Regionen unterstützt.

Schaut man nur auf den Agrarhaushalt, erweist sich erneut Lettland als größter Nettoempfänger – der baltische Staat strich 2024 per saldo Agrarhilfen von 0,91 Prozent des BNE ein. Auf ähnlich hohe Anteile kamen Bulgarien, Griechenland und Litauen. Die wichtigsten Geldgeber für diesen Haushaltsbereich – gemessen an ihrer jeweiligen Wirtschaftsleistung – waren Luxemburg, Belgien und Malta. Deutschland folgte auf Rang vier.

Auch von der Kohäsionspolitik profitierte Lettland im vergangenen Jahr mehr als alle anderen – netto flossen dem Land 1,31 Prozent seines BNE an entsprechenden Fördermitteln zu. Die EU-Zahlungen an die Slowakei und Kroatien machten rund 0,9 Prozent der jeweiligen Wirtschaftsleistung aus. Zur Finanzierung der Kohäsionsmittel trugen am stärksten Finnland, Irland und Frankreich bei.

Vergleicht man die Haushaltssalden mit den Daten für 2023, zeigen sich größere Verschiebungen (siehe iwd 18/2024). So ist Deutschlands Nettobeitrag deutlich gesunken. Ein Grund ist die schwache Konjunktur hierzulande, hängen doch die


EU: Deutschland ist größter Nettozahler
Finanzielle Mittel, die ein Mitgliedsstaat aus dem EU-Haushalt erhielt, abzüglich der Beitragszahlungen an die EU im Jahr 2024
in Prozent des Bruttonationaleinkommens
in Millionen Euro

Salden: ohne Zolleinnahmen, Verwaltungsausgaben und Ausgaben in Drittländern
Bruttonationaleinkommen: erzielte Einkommen aller Wirtschaftssubjekte, die ihren (Wohn-)Sitz im jeweiligen Land haben
Quellen: EU-Kommission, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Zahlungen der Mitgliedsstaaten an die EU von der jeweiligen Wirtschaftskraft ab.

Auch insgesamt waren die über den regulären EU-Haushalt getätigten Ausgaben im Jahr 2024 mit 123 Milliarden Euro niedriger als ein Jahr zuvor. Hierbei spielt unter anderem der als Reaktion auf die Coronakrise geschaffene Extrahaushalt NextGeneration EU eine Rolle. Über ihn wurden zuletzt viele Zahlungen abgewickelt, die zuvor der Kohäsionspolitik zugeordnet waren.

IW-Report 62/2025
Berthold Busch, Björn Kauder, Samina Sultan: EU-Haushalt und Mitgliedstaaten – Wer ist Nettozahler, wer Nettoempfänger?

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland **Redaktionsleiter:** Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

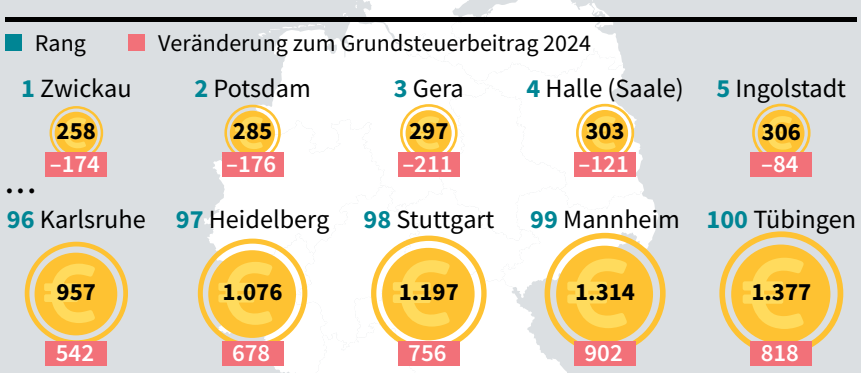
eco zoom
GOGREEN
Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post
INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Top-Liste: Grundsteuer-Ranking

Einfacher und gerechter sollte die Grundsteuer in Deutschland durch die Anfang 2025 in Kraft getretene Steuerreform werden. Neue Daten der IW Consult zu den jährlichen Steuerbeträgen in den 100 einwohnerstärksten Städten Deutschlands zeigen aber ein anderes Bild, die Schere ist sogar noch weiter aufgegangen. So zahlen Besitzer eines Musterhauses mit 126 Quadratmeter Wohnfläche und 508 Quadratmeter Grundstück in Zwickau durchschnittlich 258 Euro Grundsteuer im Jahr. Am anderen Ende der Skala steht Tübingen, wo für ein Vergleichsobjekt im Durchschnitt 1.377 Euro fällig werden. Auf Bundesländerebene, basierend auf den Werten der betrachteten 100 Städte, ist Berlin durchschnittlich am teuersten (850 Euro), Sachsen-Anhalt am günstigsten (305 Euro). Die großen Differenzen entstehen dadurch, dass die Bundesländer nach der Reform acht unterschiedliche Modelle zur Berechnung der Grundsteuer verwenden und die Städte individuelle Hebesätze festlegen können.

Verschiebungen durch Reform

So hoch ist die Grundsteuer in diesen deutschen Städten im Jahr 2025, in Euro



Maßgeblich für den Grundsteuerbeitrag 2025 ist eine zum 1. Januar 2025 in Kraft getretene Grundsteuerreform
Durchschnittliche Grundsteuer für ein 1990 gebautes Musterhaus mit 508 Quadratmeter Grundstücksgröße und 126 Quadratmeter Wohnfläche
Erhebung für die 100 größten Städte in Deutschland

Quelle: IW Consult

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Zahl der Woche

1,66

Beitragszahler

finanzieren in Deutschland aktuell einen Rentner, im Jahr 2036 sind es nur noch 1,33. Die Werte ergeben sich, wenn man die IW-Bevölkerungsprognose auf die Rentenversicherten überträgt: Kamen 2022 auf 100 Erwerbsfähige 30 über 67-Jährige, werden es 2031 rund 36 sein, bis 2036 steigt die Zahl voraussichtlich auf 40.

Trotzdem will die Bundesregierung das Rentenniveau bis zum Jahr 2031 bei 48 Prozent stabil halten. Das wird teuer – allein für das Jahr 2031 steigen die Kosten für die Rentenkasse in diesem Szenario um 15,7 Milliarden Euro. Zwar soll der Beitragssatz der Erwerbstätigen bis zum Jahr 2028 auf 20 Prozent steigen, dennoch müsste der Bund in Kombination mit der Mütterrente dann zusätzliche 16,5 Milliarden Euro beisteuern.

Ob das Rentenniveau bei 48 oder 47 Prozent liegt, macht für Rentner aber kaum einen Unterschied: Beim aktuellen Sicherungsniveau von 48 Prozent beträgt die Rente nach 45 Beitragsjahren mit einem Durchschnittsverdienst etwa 1.835 Euro monatlich – bei einem Niveau von 47 Prozent sind es 1.797 Euro im Monat.

Zudem sind niedrige Renten kein zuverlässiger Indikator für Unterstützungsbedarf. Gerade einmal 4 Prozent der Rentenbezieher, die in Paarhaushalten leben, erhalten weniger als 500 Euro pro Monat aus der Rentenkasse. Im Schnitt verfügen diese Paare aber über ein Bruttoeinkommen von 5.310 Euro im Monat.